



## ELEKTRONISCHER BRIEF

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration  
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Ausländerbehörden der Landkreise  
und kreisfreien Städte

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion  
Referat 24

nachrichtlich  
Städtetag Rheinland-Pfalz  
Landkreistag Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 5a  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2644  
Mail: [poststelle@mffki.rlp.de](mailto:poststelle@mffki.rlp.de)  
[www.mffki.rlp.de](http://www.mffki.rlp.de)

15. Juli 2022

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
3321- 0001#2021/0048-0701 725.0017		Kai Adam <a href="mailto:Kai.Adam@mffki.rlp.de">Kai.Adam@mffki.rlp.de</a>	06131/16-5101 06131/16-175101

### **Vorgriffsregelung zum Gesetzesentwurf zur Einführung eines Chancen- Aufenthaltsrechts; Erteilung von Ermessensduldungen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung hat am 6. Juli 2022 mit dem ersten Migrationspaket unter anderem die Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts beschlossen. Der entsprechende Gesetzesentwurf ist zur Kenntnisnahme als Anhang beigefügt.

Danach sollen Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben, ein einjähriges Chancen-Aufenthaltsrecht erwerben können (§ 104c AufenthG-E), um die Möglichkeit zu erhalten, in dieser Zeit die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht nach den geänderten Regelungen der §§ 25a und 25b AufenthG zu erfüllen (insbesondere Lebensunterhaltssicherung, Kenntnisse der deutschen Sprache und Identitätsnachweis). Straftäter bleiben vom Chancen-Aufenthaltsrecht grundsätzlich ausgeschlossen. Ebenso Personen, die ihre Abschiebung aufgrund von wiederholten,

1

Abteilung Kultur: Mittlere Bleiche 61

Informationen zur Datenverarbeitung, zum Datenschutz und zu Ihren Rechten finden Sie auf unserer Homepage unter <https://mffki.rlp.de/de/ueber-das-ministerium/datenschutz>



## ELEKTRONISCHER BRIEF

---

vorsätzlichen Falschangaben oder aktiver Identitätstäuschung gegenwärtig weiter verhindern oder sich nicht zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.

Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, bei anspruchsberechtigten Personen im Vorgriff auf das nach der parlamentarischen Sommerpause des Deutschen Bundestages zu erwartende Inkrafttreten der Regelung bereits jetzt von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen.

Ausländischen Staatsangehörigen, die die Voraussetzungen des Chancen-Aufenthaltsrechts gemäß § 104c AufenthG-E erfüllen, soll deshalb eine Ermessensduldung auf der Rechtsgrundlage des § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG erteilt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.

Dr. Daniel Asche

Leiter der Abteilung Integration, Migration, Fluchtaufnahme

Dieses Schreiben wurde elektronisch gezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.